

KURT H E L B I G

Volkseigene Betriebe - unüberwindliche Bastionen des gesellschaftlichen Fortschritts in ganz Deutschland

Vor 10 Jahren zog das werktätige Volk auf Grund eigener Erfahrungen die Lehren aus der Geschichte:

Im Volksentscheid am 30. Juni 1946 sprachen sich 77,7 Prozent der Bevölkerung Sachsens für die Enteignung der Kriegsverbrecher und der Naziaktivisten aus, womit der Grundstein für die Entwicklung unserer volkseigenen Betriebe, für die Schaffung neuer, sozialistischer Produktionsverhältnisse gelegt wurde. 9281 Industriebetriebe wurden in die Hände des Volkes gelegt. Nachdem schon im Herbst 1945 die werktätigen Bauern mit Hilfe der Arbeiterklasse die Junker verjagt und die Bodenreform durchgeführt hatten, wurde durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten die Macht der Monopole, der Brutstätten des deutschen Militarismus und Faschismus, im Osten Deutschlands endgültig beseitigt. Diese Aktionen der werktätigen Volksmassen unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse und mit aktiver Hilfe der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen waren von größter historischer Bedeutung.

Schon kurz nach der Vernichtung des Faschismus hatte die KPD in ihrem Aktionsprogramm den Werktätigen den Weg in eine lichtere Zukunft gezeigt. In diesem Programm formulierte die KPD die unaufschiebbaren Sofortaufgaben für das deutsche Volk, die u. a. lauteten: „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane. (Punkt 6); Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern ... (Punkt 7); Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.“ (Punkt 8)

Die Entmachtung des Monopolkapitals stand in Deutschland schon seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung. Die Tatsache, daß im Jahre 1918 trotz des revolutionären Ansturms breiter Volksmassen in der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise die Macht des Monopolkapitals und des Junkertums erhalten blieb, wirkte sich für das deutsche Volk äußerst verhängnisvoll aus. Die gespaltene und zerrissene deutsche Arbeiterklasse vermochte es trotz heroischer Anstrengungen ihres fortgeschrittenen Teils nicht, die Konzernherren